

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

17.3.1925 (No. 64)

Verwaltung:
Karlstr. 14
Telefon:
Nr. 958
und 954
Postkonten:
Karlstr.
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Knecht,
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffreier Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anträge auf Abnahme und Kontoverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in telephonischer Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Für Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

Amtlicher Teil

Reichspräsidentenwahl

Wahlvorschlüge — Amtliche Stimmzettel

Nach dem zweiten Befehl über die Wahl des Reichspräsidenten vom 13. März 1925 (Reichsgesetzblatt Seite 19) ist auch für die Reichspräsidentenwahl die Einreichung von Wahlvorschlügen vorgesehen und die Verwendung amtlicher Stimmzettel vorgeschrieben.

Wahlvorschlüge sind spätestens am zehnten Tage vor der Wahl (das ist der 19. März) beim Reichswahlleiter einzureichen. Die Anschrift des Reichswahlleiters lautet: Reichswahlleiter Berlin W 10, Lützowufer 8, Fernruf: Berlin-Kurfürst 2441, Telegrammadresse Reichswahlleiter Berlin 10. Die Wahlvorschlüge müssen von mindestens 20 000 Wählern unterzeichnet sein. An Stelle von 20 000 Wählern genügen 20, wenn der Vorschlag von Gruppen ausgeht, die bei der letzten Reichstagswahl einen Reichswahlvorschlag eingereicht hatten, und wenn auf die Kreiswahlvorschlüge, die dem Reichswahlvorschlag angeschlossen waren (§ 19 des Reichswahlgesetzes in der Fassung vom 6. März 1924) zusammen mindestens 500 000 Stimmen abgegeben worden waren; das gleiche gilt, wenn Wahlvorschlüge, die beim ersten Wahlgang zugelassen waren, im 2. Wahlgang wiederholt werden.

In den Wahlvorschlügen sollen die Anwärter mit Zuname und Vornamen angegeben und ihr Stand oder Beruf, ihr Wohnort und ihre Wohnung so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht.

Der Wahlvorschlag muß einen Vertrauensmann und einen Stellvertreter bezeichnen, die bevollmächtigt sind, dem Reichswahlleiter Erklärungen abzugeben.

Mit dem Wahlvorschlag sind beim Reichswahlleiter einzureichen:

1. Die Erklärung der Anwärter, daß sie der Aufnahme ihres Namens in den Wahlvorschlag zustimmen,
2. die Bescheinigung der Gemeindebehörde, daß der Anwärter am Wahltag das 35. Lebensjahr vollendet hat, daß er Reichsangehöriger und vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen ist,
3. die Bescheinigung der Gemeindebehörde, daß die Unterzeichner des Wahlvorschlages in die Stimmliste oder Stimmkartei eingetragen oder mit einem Stimmschein versehen worden sind.

Von Beibringung der Bescheinigungen zu Ziffer 2 und 3 kann abgesehen werden, wenn die Tatsachen offenkundig sind.

Über die Zulassung der Wahlvorschlüge entscheidet der Reichswahlleiter. Wahlvorschlüge, die zu spät eingereicht sind oder den gesetzlichen Erfordernissen nicht entsprechen, werden nicht zugelassen.

Der Reichswahlleiter veröffentlicht die Wahlvorschlüge, sobald sie zugelassen sind, im Reichsanzeiger.

Die Stimmzettel werden in der Weise amtlich hergestellt, daß sie alle vom Reichswahlleiter zugelassenen Wahlvorschlüge enthalten.

Die Stimmabgabe erfolgt derart, daß der Wähler durch ein auf dem Stimmzettel gesetztes Kreuz oder auf andere Weise kenntlich macht, welchem Vorschlag er seine Stimme gibt. Es ist zulässig, daß der Wähler seine Stimme für eine nicht vorgeschlagene Person abgibt. Die Stimmabgabe erfolgt in diesem Fall derart, daß der Wähler den Namen der Person, der er seine Stimme gibt, auf den amtlichen Stimmzettel schreibt, auf dem hierzu ein Raum freibleibt.

Wie bei der Reichstagswahl sind auch bei der Reichspräsidentenwahl nur amtliche Stimmzettel zulässig. Es würde dem bei Einführung des amtlichen Stimmzettels verfolgten Zweck widersprechen, wenn Parteien oder Wählergruppen gestattet würde, den amtlichen Stimmzettel nachzudrucken und ihn mit einer entsprechenden Eintragung an ihre Anhänger zu verschicken oder zu verteilen. Desgleichen ist es nicht zulässig, die amtlichen Stimmzettel gegen Kostenersatz an Parteileitungen oder Wahlkomitees auszugeben, damit der Stimmzettel außerhalb des Abstimmungsraumes parteimäßig hergerichtet werden kann.

Die Lage des Arbeitsmarktes

Die Gesamtlage des Arbeitsmarktes hat in der Woche vom 5. bis 11. März einen Rückschlag in der Richtung einer Verschlechterung erfahren. Das Verhältnis der bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen vorhandenen Arbeitsuchenden und offenen Stellen hat sich sowohl auf dem männlichen als auch auf dem weiblichen Arbeitsmarkt verschlechtert. Kamen am 4. März auf 100 offene Stellen 1476 männliche und 334 weibliche und insgesamt 822 Arbeitsuchende, so sind es am 11. März 1649 männliche und 397 weibliche Arbeitsuchende, insgesamt 893 Arbeitsuchende. Die absolute Zahl der Arbeitsuchenden stieg von 31 420 am 4. März auf 34 070 am 11. März, während die Zahl der offenen Stellen gleichgeblieben ist. Auch die Zahl der unterstützten Erwerbslosen (Hauptunterstützungsempfänger) erhöhte sich; sie stieg von 16 565 am 4. März auf 18 100 am 11. März, die Zunahme beträgt also 1535. Diese Verschlechterung der Gesamtlage ist fast ausschließlich auf die Entwicklung der Verhältnisse in der Tabakindustrie zurückzuführen.

In den übrigen Gewerbegruppen ist, vom Baugewerbe abgesehen, eine Verschlechterung nicht eingetreten, im allgemeinen hat die in der letzten Zeit beobachtete langsame Besserung angehalten.

Die metallverarbeitende und Maschinenindustrie hatte in Karlsruhe (Nähmaschinenindustrie) weiter Bedarf an tüchtigen Facharbeitern. Facharbeiter, wie Feinmechaniker, Formner, Blechner, Elektromonteur sind auch sonst gesucht. Die Arbeitsmarktlage der Porzellan- und Schmuckwarenindustrie ist unverändert; Arbeit wird weiterhin geleistet. Die Schwarzwälder Uhrenindustrie hat immer noch Bedarf an jungen Hilfskräften.

Der Arbeitsmarkt der chemischen Industrie des Oberrheins, ferner der des Spinnstoffgewerbes ist im allgemeinen als günstig zu bezeichnen. Eine größere Anzahl Seidenweberinnen ist gesucht.

In der Möbelindustrie ist Bedarf an tüchtigen Schreibern und Holzbrechern.

Die Arbeitsmarktlage der Tabakindustrie hat sich in der Berichtswache erheblich verschlechtert. Betriebsstilllegungen und im Gefolge davon Entlassungen sind in großem Umfang vorgenommen worden. Die Zunahme der unterstützten Erwerbslosen kommt fast ganz aus den tabakindustriellen Bezirken Bruchsal, Heidelberg, Lahr und Offenburg.

Im Bekleidungsgebiete sind Schneider, d. h. vor allem Großstädter sehr gesucht.

Im Baugewerbe trat infolge der Witterungsverhältnisse ein Rückschlag ein. Beim Bau der Schwarzenbachthalperre sind Arbeiter in großer Zahl zur Entlassung gekommen.

Das Dienstleistungsgewerbe in Karlsruhe und Mannheim hatte Bedarf an Seibern und Druckern.

Im Mannheimer Gastwirtsgebiete mangelt es an jungen Köchen und geübten Küchenburschen, ebenso fehlen Bistfeträuleins, Köchinnen und Küchenmädchen.

Staatspräsident Dr. Hellpach in München

In einer stark besuchten demokratischen Versammlung hielt am Montag in München der badische Staatspräsident Dr. Hellpach seine erste Rede als Kandidat für die Wahl des Reichspräsidenten. Der Redner schilderte in längeren Ausführungen die Verhältnisse im kaiserlichen Deutschland und kam auf die Aufgaben der Staatsamtwahl zu sprechen. Wir ständen in Deutschland vor der Entscheidung eines Weges, der uns als republikanisches Recht bezeichnen könne. Es handele sich um die Frage, ob die Republik nur eine Hülle sein solle, die als Kern den Obrigkeits- und Zensurstaat einschließt, oder ob sie die Vollendung der Demokratie sein solle. Dr. Hellpach bezeichnete es als seine Aufgabe, die deutsche Republik mit deutschem Geist und deutschem Volkstum zu erfüllen. Er nannte als Vorbild die gemeinsamen Demokratien, welche in Amerika, in der Schweiz und in England beständen. Wir müßten uns einen Weg bahnen zur großen deutschen Gemeinschaft.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen. Ministerialrat Basse, der die vorübergehende Vertretung des Staatssekretärs von Tredelenburg als Leiter der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen übernommen hat, ist Montag vormittag in Paris eingetroffen und hatte nachmittags eine Besprechung mit dem französischen Handelsminister Ramadon, die der persönlichen Fühlungnahme und der Aussprache über die Probleme der nächsten Zeit galt. Nächste Sitzung heute nachmittag; in dieser soll das Arbeitsprogramm endgültig festgesetzt werden.

Schwarz=rot=gold und Schwarz=weiß=rot

Von Universitätsprofessor Dr. Meinede (Berlin).

Der bekannte Geschichtslehrer der Berliner Universität hat seine kürzlich vor Berliner Studenten gehaltene, vielbeachtete Rede in der neuen, von Dr. Paul Kohrbach herausgegebenen Monatschrift „Der deutsche Gedanke“ veröffentlicht. Wir geben daraus Meinedes treffliche Darlegungen über die Flaggenfrage wieder.

Schwarz=rot=gold, dies einst so heiß geliebte Symbol unseres Einheitsraumes, wurde im Jahre 1848 vom Deutschen Bundestage als deutsche Fahne anerkannt, im Jahre 1852 von seinem Palais in Frankfurt wieder niedergeholt. Warum? Wesentlich deshalb, weil England die Anerkennung einer gemeinsamen deutschen Handelsflagge verweigerte. Aber die Nation vergaß die Farben nicht, und 1862 marschierte F. Th. Vischer beim Frankfurter Schützenfeste unter der „teuren, vielgeliebten, der schwarz=rot=goldenen Fahne“. Gütte Bismarck 1866 schon ganz Deutschland einigen können, er hätte trotz seiner Abneigung gegen die Farben von 1848 die schwarz=rot=goldene Fahne übernehmen müssen, wie er das Frankfurter Wahlrecht von 1849 übernahm und im Notfall bereit war, auch die Frankfurter Reichsverfassung von 1849 auszurufen. Er konnte es nicht, weil Frankreich im Wege stand. Die Annahme von Schwarz=rot=gold hätte damals bedeutet: Ich will die Mainlinie überschreiten, eben das, was Frankreich verhindern wollte. Er mußte und konnte nun, da er für den norddeutschen Bund eine einheitliche Handelsflagge brauchte, die preussischen Farben mit der hanseatischen vereinigen. Den Franzosen also haben wir den Farbenbunismus zu verdanken. Bayern verlangte dann 1870 die schwarz=rot=goldene Fahne zurück. Es ist verständlich, daß Bismarck die durch den Krieg geweihten Farben schwarz=weiß=rot nicht wieder preisgeben wollte und konnte.

Sie wurden von neuem geweiht durch den Weltkrieg. Auch ich meine, angesichts der Macht, die solche Symbole nun einmal in sich haben, wäre es besser gewesen, sie zu erhalten. Aber man sollte doch nie vergessen, aus welchen Motiven die schwarz=rot=goldene Fahne in den letzten Wochen des Unglücksjahres 1918 wieder, ich möchte sagen, elementar auflebte. Man muß jene furchtbaren Wochen in Berlin erlebt haben, um sie zu verstehen. Schwarz=rot=gold war damals die Fahne des Kampfes gegen Rot, gegen Spartakus und Bolschewismus, und auf dem Berliner Schlosse wehte damals die rote Fahne. Soldaten die schwarz=rot=goldene A-Karben sich anlegten, wurden als Kämpfer für die bürgerliche Ordnung begrüßt. Schwarz=rot=gold war das Symbol des Entschlusses der gesund und deutsch empfindenden Arbeiterschaft, gemeinsam mit dem liberalen Bürgertum das Reich zu erhalten durch Umgestaltung zur Republik. Nicht aus Untreue gegen Schwarz=weiß=rot, sondern aus Liebe zu unserem Vaterlande nahmen wir damals die schwarz=rot=goldene Fahne als Vereinigungsband zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft, als Hoffnungszeichen zugleich für die Vereinigung mit Deutsch=Österreich, in die Hand. Und noch heute erfüllt das Reichsbanner Schwarz=rot=gold die Funktion, die jungen Arbeiter, die sich zu ihm gesellen, für diejenige Form des deutschen Gedankens zu gewinnen, die sie verstehen und lieben können.

Das sind alles politische Realitäten, die man nicht ignorieren darf, wenn man an eine gerechte Lösung des Problems gehen will. Niemand dürfte der Sieg der einen Fahne mit der Verachtung der anderen Fahne verbunden sein. Sie heißen beide Ehre und Achtung. Welcher von ihnen aber die größere Liebe gewidmet werde, das kann man nicht kommandieren. Diejenige Liebe wird jedenfalls die edelste und wahrhaftigste sein, die aus einer von allem Klassenegoismus gereinigten Liebe zum deutschen Vaterlande fließt.

Keine Haftentlassung Henry Barmat. Eine Blättermeldung, daß Henry Barmat aus der Untersuchungshaft entlassen worden sei, veruht auf einem Irrtum. Es ist, wie aus Berlin gemeldet wird, von keiner Seite ein Beschluß ergangen, Henry Barmat aus der Haft zu entlassen. — Bei Joan Kusler, der sich wegen seines kranklichen Zustandes im Lazarett des Untersuchungsgefängnisses in Moabit befindet, ist, wie die Blätter melden, eine Verschlimmerung seines Gesundheitszustandes eingetreten. Auf Grund eines ärztlichen Attestes hat die Verteidigung des Verhafteten bei der Staatsanwaltschaft die Haftentlassung Kuslers beantragt.

Mit der Beilage: 19., 20. und 21. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Pariser Besprechungen

Das Sicherheitsproblem

Der englische Außenminister Chamberlain hatte am Montag in Paris mit Herriot eine zweistündige Besprechung, nach der er der Hoffnung Ausdruck gab, daß die nächste Unterredung in London stattfinden werde. Herriot besprach sich sodann mit dem Kammerpräsidenten Painlevé, worauf er den schweizerischen Außenminister Benesch empfing. Ein französisches offizielles Komunique besagt, daß die Verhandlungen mit England auf diplomatischem Wege „mit dem gleichen freundschaftlichen Charakter“ fortgesetzt werden sollen.

Der diplomatische Korrespondent verbreitet über die Unterredung zwischen Herriot und Chamberlain eine längere Erläuterung, in der es heißt: Herriot und Chamberlain haben besonders die Frage der Grenzen Mitteleuropas besprochen. Frankreich und England haben durch Unterzeichnung des Versailler Vertrages die Grenzen Polens garantiert. Frankreich beabsichtigt niemals, die befreundete Nation zu irgend einem Verzicht zu veranlassen, auf alliierter Seite sehe man auf dem Standpunkt, daß Polen bei der Frage einer Grenzberichtigung zur Darlegung seines Standpunktes aufgefordert werden könne. Die Zulassung Deutschlands zum Völkerverbund sei wünschenswert, aber der französische Standpunkt habe sich nicht geändert, daß Deutschland sich verpflichten müsse, alle Verbindlichkeiten des Völkervertrages und des Versailler Vertrages zu erfüllen. Die Zulassung Deutschlands sei nach französischer und britischer Ansicht die Voraussetzung für den Abschluß eines Sicherheitspaktes, an dem Deutschland teilnehmen könne. Was die Bezeugung Kölns und ihre Beziehung zur Sicherheitsfrage und zur Entlassung Deutschlands anlangt, so könnten nach französischer Ansicht die beiden Begriffe: Sicherheit und Entlassung, nicht voneinander getrennt werden. — Die Verhandlungen, die zwischen den Regierungen fortgesetzt werden sollten, gestatteten es augenblicklich nicht, irgendwelche Ausführungen zu geben. Über den Vorschlag Coolidges zwecks Einberufung einer Entlassungskonferenz wurde nicht gesprochen. Herriot bleibe jedenfalls seiner Genfer These treu: die Verbindung von Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit und Abrüstung.

Chamberlain führte Vertretern der englischen und amerikanischen Presse gegenüber aus, er habe mit Herriot über die deutsche Anregung hinsichtlich des Sicherheitspaktes, der Frage der Entlassung und über die Frage der Veröffentlichung des Berichtes des Generals Walsh gesprochen. Er sei optimistisch in bezug auf die Sicherheitsfrage. Man habe die deutschen Vorschläge ernstlich geprüft. Man werde durch einen auf diplomatischem Wege fortzuziehenden Meinungsaustausch festzustellen suchen, welcher Vorteil aus diesen Vorschlägen zu ziehen sei. Hinsichtlich der Grenzen machte die britische Regierung keine Ausnahme; jedoch gebe es gewisse Grenzen, an denen England mehr interessiert sei, als an den andern. Aber die Veröffentlichung des Berichtes von Walsh sei noch keine Entscheidung getroffen, da im Augenblick noch nicht feststeht, ob über die Entlassungsfrage eine internationalisierte Konferenz einberufen werde.

Deutschland und der Völkerverbund

In einem „Deutschland und der Völkerverbund“ überschriebenen Beiratsartikel bezeichnet „Manchester Guardian“ die Wortwahl des Völkervertrages an Deutschland als ein hoffnungsvolles Stück Arbeit, das der Rat bei seiner letzten Tagung vollendet habe. Deutschland sei jetzt ein fähiger Mitglied im Völkerverbund. Das Wort ist hinsichtlich des Artikels 16 der Völkervertragsfassung der Meinung, daß es völlig unüberwindlich wäre, Deutschland ungewöhnliche Vorrechte zuzubilligen. In der Antwort der Völkervertragsnote würden jedoch Deutschlands Schwierigkeiten anerkannt. Deutschlands Interessen würden sicherer gefördert werden, wenn es in der Lage sei, sie in Genf zu vertreten, als wenn es außerhalb des Bundes bleibe und dadurch eine große Lücke in dem System des Friedens lasse. — Wie Reuters erfährt, sei es in gut unterrichteten Kreisen immer als unermesslich betrachtet worden, daß Deutschland erlucht werden müsse, seine Mitgliedschaft zu beantragen, ohne Bedingungen zu stellen. Die Note des Völkervertrages sei so gehalten, daß sie in keiner Weise auf Deutschlands Haltung in der Frage des Beitritts zum Völkerverbund einwirkend wäre.

National-Theater Mannheim

„Fürst Igor“ von M. Borodin

Deutsche Uraufführung

Es ist kein Zufall, daß wir heute stärker denn je den erst wenig aufgedeckten musikalischen Beziehungen zwischen Rußland und dem übrigen Europa nachspüren und selbst älteren, bisher unbekanntem Werken bereitwillig die Pforten unserer Konzertsäle und Opernhäuser öffnen. Der Mantel nationaler Anderrückständigkeit, durch den der staats- und wirtschaftspolitische Zentralismus der heute im ehemaligen Zarenreich herrschenden kommunistischen Machthaber wider natürliches das Land gegen das nichteuropäische Europa abzuriegeln sucht, wird dadurch nicht nur erheblich gelockert, sondern wir räumen damit zugleich endgültig mit der bewußten Vernachlässigung einer großen und zum Teil sehr wertvollen Literatur auf, die allzu lang und zu unecht, wie wir es wiederholt jetzt mit nachträglichen Erfahrungen erleben, unter dem lähmenden Druck des barbarischen, roten, unfertigen Stand.

Für die russische Opernliteratur hat M. Moussorgski „Boris Godunow“ insbesondere, nachdem schon einmal G. von Bülow einen mißglückten Versuch mit Gluckas „Leben für den Zaren“ gewagt hatte, das Eis völlig gebrochen. Und zwar gewählte man der typisch russischen Nationaloper, zu der gerade Tschaikowskys französisch parfümierten Theaterschöpfungen jede Verührung aufgegeben hatten, um großen Gattungsfreundschaft, als man nicht allein in der großen Entdeckung des M. Godunow, sondern auch in verschiedenen Werken von Rimski-Korsakow und anderen sehr rasch wertvolle Elemente erkannte, welche diese osteuropäische Produktion fast gleichberechtigt neben die unseren Spielpläne längst einverleibten Opernrepräsentationen vorwiegend romanischer Kultur (Verdi, Puccini, Bizet, Saint-Saëns u. a.) stellte. Mit der deutschen Uraufführung von M. Borodins „Fürst Igor“, der außerhalb Rußlands — wo er seit Jahrzehnten als eines der bedeutendsten Meisterwerke nationaler Bühnenkunst geschätzt wird — nur vereinzelt in Monte Carlo und Spanien aufgeführt, hat nun das Nationaltheater Mannheim abermals eine wertvolle Lücke in unserer sehr mangelhaften Kenntnis ausgefüllt und darüber hinaus eine Oper herausgestellt, an der vermutlich wenigstens die größeren deutschen Theater künftig nicht mehr achtlos werden vorüber gehen können.

Es ist M. Borodins (1834—1887) einziges Bühnenwerk, die Schöpfung eines Mannes, der mindestens ein ebenso bedeutender Chemiker wie Musiker war. Borodin hat sein halbes Leben daran gearbeitet, ohne je zu vollenden. Aus vorhandenen Skizzen und teilweise auch aus dem Gedächtnis (Overtüre) wurde die Partitur erst nach seinem Tode von Rimski-Korsakow und Glazunow fertiggestellt. Der unbefangene Be-

trachter wird freilich immer noch, trotz aller, der Eigenart des ursprünglichen Verfassers pietätvoll angepassten Verbindungsstücke und Zusätze merken, daß das Werk ein Torso blieb. Und an diesem Eindruck vermögen auch wesentliche Veränderungen, verschiedene erhebliche Striche sowie dramaturgisch begründete Umstellungen, die erneut wieder für die Mannheimer Aufführung vorgenommen wurden, nichts zu ändern. Ob nun aber z. B. die dem ältesten russischen Volksepos, der „Wär von der Heerfahrt Igors“ nämlich, entnommene Hauptfigur eine mehr oder minder scharfe dramatische Charakterzeichnung erhalten hat, bleibt gleichgültig gegenüber der außergewöhnlich starken Gesamtdarstellung, mit der darin rußische Eposen und der sagenhaften Zeit verlebendigt werden. Im Hinblick noch als Vorkauer der Christenheit gegen die Barbarei erschein und schwere Kämpfe gegen das Heidentum zu bestehen hatte. In der padenden Schilderung des Atriumstums, in den gewaltigen Volksszenen und imposanten Massenscenen liegt der Schwerpunkt des Wertes, und nicht zuletzt in den „Bolowzer Tänzchen“, die an edler Volkshaftigkeit, an ausschweifender Wildheit, aber auch an kunstvollender Einleitung ihresgleichen suchen.

Politische Neuigkeiten

Ablehnung des Schiedspruchs durch die Eisenbahner

In gemeinsamer Beratung haben, wie aus Berlin gemeldet wird, die Eisenbahnerorganisationen, die Gewerkschaft der deutschen Eisenbahner, der Deutsche Eisenbahnerverband und der Allgemeine Eisenbahnerverband den Schiedspruch des vom Reichsarbeitsminister eingesetzten Schlichters vom 13. März 1925 mit der Begründung abgelehnt, daß die Lohnzulage den Erfordernissen der Lebenshaltung nicht genügend Rechnung trage und angesichts der vom Personal verlangten Arbeitsleistung zu gering sei. Bedingungen über die in dem Tarifvertrag vorgesehenen Fristen hinaus könnten nicht anerkannt werden. In der Arbeitszeitfrage sei der Schiedspruch unhaltbar, weil er nicht nur keine positive Verbesserung der Arbeitszeit enthalte, sondern auch entgegen dem bisherigen Rechtszustand eine unerträgliche Bindung bis zum 31. Oktober 1925 festsetze. — Die Vorstände seien jedoch bereit, in neuen Verhandlungen unter Mitwirkung des Reichsarbeitsministers eine erträgliche Regelung zu suchen. — Eine weitere Verbreiterung des Kampfes, sowie jede Wiederaufnahme der Arbeit dürfe nur auf Anweisung der Organisationsvertretungen erfolgen.

Im Magdeburger Prozeß

wurde am Montag als erster Zeuge der Vorliegende der Sozialdemokratischen Partei, Reichstagsabgeordneter Wels, vernommen, welcher sich zuerst über die Stellung der „Vorwärts“-Redakteure äußert. In einem verlesenen Artikel aus der „Radet“ vom Juli 1918, in dem gegen eine Generalfreigabe, Stellung genommen wird, äußert sich Wels, der damals auch Redakteur der „Radet“ war, dieser Artikel gebe die Auffassung der ganzen Partei, insbesondere die Ehris wieder. Zeuge Wels erklärt weiter, der Parteivorstand habe von Anfang bis zum Ende des Krieges den Standpunkt eingenommen, daß die Streikpropaganda während des Krieges bekämpft werden müßte. Differenzen, die in der Partei wegen der Stellungnahme zur Frage der Kriegskredite ausgebrochen seien, hätten ja zur Spaltung der Partei geführt, deren letzte Folge die Bildung der USPD gewesen sei. Im weiteren Verlauf seiner Vernehmung trennt Wels auf die von den Franzosen auf dem Ersten Internationalen Sozialistenkongress in Vorn im Jahre 1919 beantragte Ausschließung und Brandmarkung Ehris, weil er von Anfang bis Ende des Krieges mit der tschechischen Regierung durch die und dünn gegangen sei. Wels hebt weiter ausdrücklich hervor, daß die Sozialdemokratie niemals die Allerschuld Deutschlands am Krieg anerkannt habe. In einer persönlichen Unterredung mit Ehris habe er zu diesem gesagt: „Willst Du unsere Partei jetzt in die Konfuzmasse der Hohenzollern werfen?“, worauf Ehris erwidert habe: „Es geht jetzt nicht um unsere Partei, sondern um Land und Volk. Wenn wir mit unserer Partei das Land verstoßen können, an dem das deutsche Volk zugrunde geht, dann hat unsere Partei ihren Zweck erfüllt.“

Sodann wurde Regierungsrat Penninger als Zeuge vernommen, der in der fraglichen Zeit beim Oberkommando in den Marken als besonderer politischer Berater tätig war. Zu dem Streit belandete er, daß für den Fall eines solchen beschloffen war, 10 Proz. der Streitenden ins Feld zu schicken und außerdem zur Militarisierung einiger Betriebe beizutreten. Man habe nicht angenommen, daß sich die Mehrheitssozialdemokraten am Streit beteiligen würden. Bezüglich einer etwaigen Einziehung Ehris teilte der Zeuge mit, daß das Auswärtige Amt den Bescheid erteilte, Ehris aus politischen Gründen nicht einzuziehen.

Schulstreik im Elsaß

Am Montag begann im Elsaß der von dem Straßburger Bischof angelegte Schülerstreik gegen die von der französischen Regierung genehmigten Simultananschulen. Die Beteiligung am Streik ist am stärksten im Unterelsaß. In Weiskirchen blieben 90 Prozent, in Haguenau 75 Prozent der Schulkinder dem Unterricht fern. Am Straßburger bischöflichen Gymnasium streikt das gesamte Lehrpersonal, so daß die zum Unterricht erschienenen Schüler nach Hause zurückkehren mußten. In Mülhausen streikten in einigen Schulen bis zu 80 Prozent der Schulkinder. Vor mehreren Schulen hatten sich zahlreiche Frauen aufgestellt und bedroht die Kinder, die die Schulen besuchen wollten, so daß diese wieder umkehrten mußten.

Das katholischen Kreisen nahestehe „Echo de Paris“ gibt die Zahl der in Colmar in den Schulen nicht erschienenen Kinder mit 60 Prozent für die Stadt und 90—100 Prozent für das flache Land an. In Straßburg sind etwa 30 Prozent der Schüler dem Unterricht fern geblieben.

Dem „Temps“ wird aus Colmar berichtet, daß das Streitkomitee weitere Aufreize erteilt, worin die Katholiken aufgefordert werden, den Streik durchzuführen, und erklärt wird, daß sie, sofern sie mit Geldstrafen belegt würden, diese nicht zu bezahlen brauchen. Ein anderer Aufreiz richtet sich an die eckfährigen Bürgermeister mit der Aufforderung, den Besungen des Unterprästen hinsichtlich der Streikbewegung nicht Folge zu leisten.

Aus Paris wird gemeldet: Eine Debatte über die Erklärung der Bischöfe und über die Aufforderung der Kardinele, die Laienangehörige nicht zu belassen, findet nach Ansicht des „Avenir“ am kommenden Donnerstag in der Kammer statt, die von dem Vorsitzenden der radikalen Kammerfraktion angeführte Interpellation dürfte jedenfalls im Laufe der Dienstag-Nachmittagsitzung in der Kammer eingebracht werden und da die dringliche Beratung gefordert werden dürfte, nimmt das Blatt an, daß diese Debatte am Donnerstag stattfinden und mit der Annahme einer Tagesordnung enden werde, die das Verhalten der Kardinele und jedenfalls auch den Schulstreik mißbilligen wird.

Aber eine Arbeiterausferrung in Schweden, von der, wie gemeldet wird, bisher 130.000 Arbeiter betroffen wurden, meldet der „Vorwärts“ aus Stockholm, daß es sich um die Frage einer allgemeinen Lohnherabsetzung handelt, die bereits seit einem Jahr von den Arbeitgeberverbänden geplant sei. Begründet werde die Lohnherabsetzung damit, daß die schwedischen Löhne die höchsten der Welt seien und dadurch die Konkurrenzfähigkeit der schwedischen Industrie unterbunden werde. Auch sei von den Industriellen beabsichtigt, den bisher streng eingehaltenen Achtstundentag abzubauen.

Kurze Nachrichten

Reichstagspräsident Lobe stattete am Montag, zugleich im Namen des Präsidiums des Reichstages, dem stellvertretenden Reichspräsidenten Dr. Simons einen Gegenbesuch ab.

Der deutsche Kreuzer „Berlin“ ist von seiner mehrmonatigen Auslandsreise zurückgekehrt und am Montag wahlbehalten im Kieler Hafen eingelaufen.

Verborene Kundgebungen in Berlin. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit hat der stellvertretende Berliner Polizeipräsident die öffentlichen Kundgebungen des Reichsbanners Schwarz-rot-gold und der kommunistischen Partei, die beide am Mittwoch abend im Friedrichshain stattfinden sollten, verboten.

Ein Rücktritt bei der Reichspost? Wie die „Doff. Bg.“ erfahren haben will, soll sich heute der Arbeitsausschuß des Verwaltungsrates der deutschen Reichspost mit der Frage der Einstellung der Sonntags- und Feiertagszustellungen befassen. Für den Fall der Annahme des Vorschlages durch den Arbeitsausschuß werde das Plenum des Verwaltungsrates am 24. März dazu Stellung nehmen.

Der Ostpreussische Städtetag hat eine Entschließung angenommen, worin er gegen die polnischen Annahmen auf scharfste protestiert und betont, daß Ostpreußen deutsch sein und bleiben wolle.

Störung und Stauung durch lebendige Verteilung der überschüssigen Kräfte. Hier muß man auch der tüchtigen Mitarbeit von Dr. Edda Weckmann gedenken, die nach dem Theaterzettel zwar nur für den chorographischen Teil verantwortlich zeichnete, aber im Stillen als geborene Rusin sehr wertvolle Anregungen und Ratschläge für die Gesamtinszenierung gab. Unerwartetes Lob verdient weiterhin Generalmusikdirektor Richard Bert, der den musikalischen Teil sehr sicher leitete und selbst die Chorpartien so raffig-rhythmischer Präzision zwang. Unter den Solisten imponierte vor allem Hans Bahling als Igor, aber auch Oskar Helten schuf aus dessen Gattin eine edle und rührende Gestalt, die ihren gesanglichen Part bisweilen zu wirklich schöner Kantilene umformte. Ein guter Vertreter ihres verlotterten Bruders, des Fürsten Wladimir von Golitsch, war Carlsten Derner, nicht minder trefflich Wilhelm Fenten und Mathieu Franck als Tartarenführer. Ein Kabinettstück mimischer Charakterisierungskunst stellte das groteske Haukenpaar Karl Wangs und Fritz Bartling als die Pächte, mit knappen Strichen wurden auch der Bruder Igors (Paul Berger) und dessen Geliebte (Emilia Pohjert) sowie die Amme (Betsy Kosler) nachgezeichnet.

Wir sind allzu lang nach Westen und Süden gereist, wenn wir außer der heimischen Produktion die Seele der Oper suchen wollten — oder was heute so Seele heißt. Wir haben unter diesem sicherlich zivilisierten Drog ganz vergessen, daß auch Straßen nach dem Osten führen und daß dort ebenfalls Entwicklungsmöglichkeiten winken. Der jetzt 40 Jahre nach seiner Entstehung aus dem Herzen Rußlands herausgeprete „Fürst Igor“ liefert die Bestätigung und wird — das beweist der rauschende Erfolg — eine starke Brücke zwischen Ost und West, zwischen West- und Osteuropa bilden. Es ist wohl der lebendige positive Gewinn der Mannheimer deutschen Uraufführung des Wertes, daß die Wagner-nadel von nun an ständig westwärts eingestrichelt wird. Allerdings hatte schon Borodins Textdichter dem Werk „Mieskraft und -weite, kolossalen Schwung, verbunden mit einer wundervollen Leidenschaft, Färblichkeit und Schönheit“ nachgerühmt, aber damals wollte niemand das glauben, weil kaum einer das Werk wirklich kannte. Nachdem wir jedoch diese russische aller Volks- und Nationaloper gehört haben, überzeugte sich wohl jeder von der inneren Wahrheit jener Worte. Daß das Werk gerade von Mannheim aus der musikalischen Gegenwart neu zugeführt wird, hat überdies eine keine historische Berechtigung; denn Opernvorstellungen in Mannheim waren es nicht zuletzt, die den um 1880 in Heidelberg zu wissenschaftlichen Forschungen weilenden Borodin in seiner eigenen musikalischen Produktion mächtig förderten und ihm die Anregung zu seiner einzigen Opernleistung gaben.

Die Vorgänge in Halle. Meldungen aus Halle zufolge ist auf Anordnung des preussischen Ministers des Innern, die Leitung der Untersuchung über die Zusammenstöße im Volkspark dem Regierungspräsidenten Gröhner übertragen worden. Bisher haben die Ermittlungen noch keine völlige Klarheit ergeben, da die einzelnen Aussagen sich vielfach widersprechen. Die Obduktion der Leichen, von denen einige feinerlei Schußwunden aufwiesen, ist gestern erfolgt. Bisher sind über 60 Verletzte festgestellt worden.

Die Folgen der Abschmäuerung des Saargebiets. Die saarländischen Bergarbeiterverbände haben eine neue Lohnangelegenheit an die französische Bergverwaltung gerichtet, mit der Begründung, daß infolge der Abschmäuerung, sich die Lebenshaltung ständig verschlechtert, und daß deshalb eine weitere Erhöhung der Löhne erforderlich sei.

Auflösung des baltischen Reichstags in Bayern. Der baltische Reichstagsklub in Bayern nahm nach einem Bericht des ersten Vorsitzenden Dr. Buttman den Antrag des Klubs mit Dreiviertel-Stimmenmehrheit an, den Verein aufzulösen. Auch die Vertreter der auswärtigen Ortsgruppen vertraten den Standpunkt, daß die baltische Bewegung in der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei unter Hitlers Führung ihre natürliche Kraft entfalten könne.

Der gefährliche Geheiß. Wie der „Matin“ aus Straßburg meldet, hat das Komitee der „Liga gegen deutsche Untriebe im Elsass“ an den Ministerpräsidenten ein Telegramm gerichtet, in dem das Verbot einer Faust-Aufführung durch ausländische Schauspieler in Straßburg gefordert wird.

König George hat sich von seiner Erkrankung vollständig erholt. Man erwartet, daß er an der Mittwochssitzung des Hofrates wieder teilnehmen wird.

Cooldige und die Abrüstung. Der Redakteur der „Daily Chronicle“ schreibt zu der einüberberufenen Abrüstungskonferenz; nach Mitteilungen von gut informierten Kreisen sei Präsident Cooldige der Ansicht, daß die Frage der Abrüstung in der Hauptsache eine europäische Angelegenheit sei. Die Einladungen würden nur an die großen Seemächte gerichtet werden. — Die „Westminster Gazette“ meldet, Präsident Cooldige meine, daß Deutschland, da es entschlossen sei, mit der bevorstehenden Konferenz nichts zu tun habe.

Bei den Gemeindevahlen in Londern (Nordholländ.) erhielt die deutsche Liste 7, der dänische Bürgerklub 8 und die Sozialdemokraten 2 Sitze. Die Deutschen verloren einen Sitz an die Dänen, was hauptsächlich auf die Zurücksetzung zahlreicher dänischer Beamtenfamilien zurückzuführen ist.

Der Metallarbeiterstreik in Italien ist beendet. Die Arbeiter haben fast überall die Arbeit wieder aufgenommen.

Der amerikanische Senat und Cooldige. Nachdem der amerikanische Senat die Ernennung Warren zum Generalstaatsanwalt zum zweiten Male abgelehnt hat, vertagte er sich, um dem Präsidenten Cooldige mitzuteilen, daß er eine andere Persönlichkeit als Generalstaatsanwalt vorschlagen möchte.

Der Unabhängigkeitstag in Kroatien wurde als allgemeiner Nationalfeiertag begangen. Bagal sagte in einer Rede, nicht die Unabhängigkeit, wie das Land sie jetzt begehrt, sei wirklich wert, daß die Regierung es für notwendig halte, die Ministerien zu schließen und einen allgemeinen Feiertag abzuhalten. Er sagte, daß tatsächlich das Protektorat weiter bestehe, obgleich es auf dem Papier abgeschafft sei.

Badischer Teil

Verbot der „Arbeiterzeitung“ in Mannheim

Die kommunistische „Arbeiterzeitung“ in Mannheim ist nebst ihren beiden Stoffblättern, der „Oberbadischen Arbeiterzeitung“ und der „Arbeiterzeitung für Pfalz, Rheinhessen usw.“ vom Dienstag den 17. bis einschließlich Samstag den 21. März 1925 vom Ministerium des Innern verboten worden.

Veranlassung zu dem Verbot war ein in der letzten Freitagsnummer der „Arbeiterzeitung“ vom 13. März abgedrucktes Gedicht mit der Überschrift: „Der zerbrochene Mostriepott“. Die zwei letzten Zeilen des Gedichts enthalten eine schwere Beschimpfung der Reichsfarben. Dies ist ferner der Fall bezüglich der illustrierten Beilage: „Der rote Wilderbogen“, welche der Samstagnummer (14. März) beigelegt war. Der Tatbestand des § 8 Ziffer 2 des Republiksschutzgesetzes ist durch diese Veröffentlichung der „Arbeiterzeitung“ gegeben.

Tagung der Evangelischen Landessynode

Ev. Karlsruhe, 17. März. Nachdem am vergangenen Montag der Finanzausschuß seine Beratungen begonnen hat, wird die odenkliche Tagung der Synode, die voraussichtlich nur 2 Tage dauern wird, morgen am Mittwoch, den 18. März, vorm. 9 Uhr eröffnet werden. Die öffentlichen Sitzungen finden im Saal des Evang. Vereinshauses Adlerstr. 23 statt. Als Liedvorne gilt die dortige Orgelkompose.

Tanzabend Mademoiselle-Thomson-Debient. Ein reichhaltiges und farbiges Programm hatte am Sonntag der Tanzabend der beiden Freiburger Künstlerinnen Hanna Mademoiselle und Gertrude Thomson-Debient aufzuweisen. Die beiden jungen Künstlerinnen wichen in Veranlagung und Gestaltungskraft stark voneinander ab. Die im ersten Teil des Abends noch deutlich fühlbaren Hemmungen der beiden Tänzerinnen wurden im zweiten Teil überwunden, so daß vom ehrlich applaudierenden Publikum Wiederholungen speziell der mit Raumgefühl, Ursprünglichkeit und Anmut vermittelten Tänze Gertrude Thomson-Debients gefordert wurden. Der spanische Tanz lag Hanna Mademoiselle aus der ganzen Zusammenstellung ihres Programms bei weitem am besten, und Gertrude Thomson-Debient, die nebenbei ein sehr feines Farbensensibilität in der Auswahl ihrer Kostüme bekundete, erzielte mit Walse, Walzer, Marsch und Volkstänzen den besten Erfolg. Leider kam die Begleitung nicht über eine gewisse Mittelmäßigkeit hinaus, und auch die Hintergrund-Decorations (eine schwarze, verdeckte Tuchbepannung) konnte das Auge nicht befriedigen. G. v. K.

Handschrift und Charakter. Aber dieses Thema ist schon viel geschrieben und gesprochen, seitdem man vor etwa hundert Jahren angefangen hatte sich damit zu beschäftigen. Die Lehrenten haben sich eifrig der Sache angenommen und auch Carloline versuchten vielfach und mit Erfolg aus den herrschenden Unklarheiten Kapital zu schlagen. Im großen Publikum betrachtete man die Graphologie vielfach geradezu als eine exakte Wissenschaft und erwartete von ihr eine leichte Möglichkeit, jedermann nach seiner Handschrift zu klassifizieren und zu charakterisieren zu können. Von ersten Menschen sind daher alle sich wissenschaftlich gebenden Deutungsversuche eine Zeitlang sogar als rechte Firtelangelegenheiten betrachtet worden. Ein recht gut bekannter Vortrag von Dr. Elisabeth Worms, St.

Der Badische Landeselektrizitäts- und Wasserwirtschaftsrat

Nach der bereits mitgeteilten Eröffnungsansprache des Finanzministers Dr. Köhler erstattete in der Monatsagung, wie gemeldet, Ratrat Altmayer das erste Referat über den

Ausbau des Rheins zwischen Basel und Bodensee und die Bodenseeergänzung.

Der Redner gab eine Darstellung der Entwicklung der Fragen der Ausnützung der Wasserkräfte am Oberrhein, wobei auch das Ziel erstrebt werde, den Bodensee zum größten Binnenhafen zu machen. Der Plan für den Ausbau der Strecke Basel-Gölsau sehe Stufen und Kraftwerte vor bei Wiesfelden, Augst-Bühl, Schwörstadt, Säckingen, Laufenburg (bereits vorhanden), Medingen und Gölsau (letzteres ebenfalls bereits vorhanden), worzwischen seien für Kraftgewinnung (nicht für die Schifffahrt, die im Strombett verbleibt) Seitenkanäle vorgesehen bei Dögern und bei Waldshut-Toblens. Für die Strecke Gölsau-Schaffhausen beständen verschiedene Pläne, bei denen aber die Frage der Ausnützung des Rheinfalls bei Schaffhausen eine besondere Rolle spiele; die Schweiz sei mit der Prüfung dieser Pläne beschäftigt, die aber bald vor dem Abschluß stehen dürfte. Die Vorarbeiten hinsichtlich der Neckarstrecke bis zum Bodensee dürften auch noch im Laufe dieses Jahres zu fertigen Plänen führen. Zur Frage der Wirtschaftlichkeit des Planes führte der Redner hauptsächlich die gegenüber der Bahntracht um die Hälfte billigeren Schiffstracht an und errechnete eine Verzinsung des auf 60 Millionen Mark geschätzten Anlagekapitals von mindestens 8 und bei stark steigendem Verkehr, wie er zu erwarten sein dürfte, sogar bis zu 25 Proz., zumal die Verhältnisse am Oberrhein für Reuanrichtungen von Industrie besonders günstig lägen. Der Redner gab zum Schluß seiner Überzeugung Ausdruck, daß die badische Regierung bei der Lösung dieser großen Aufgabe mit ruhiger Entschlossenheit den Weg gehen werde, den sie nach reiflicher Prüfung für den richtigen erkannt habe.

In der Aussprache bemängelte Dr. Haas-Rheinfelden die viel höher eingestellten Ziffern für die Baukosten, die viel höher eingeteilt werden müßten, so daß von einer Verzinsung der errechneten Art gar nicht die Rede sein könne. Die Nachtergebnisse sei aber erfreulich, und bei richtiger Ausnützung der Wasserkräfte von Basel bis zum Bodensee würde daraus rund eine halbe Million Menschen ihren Unterhalt beziehen können. Die Bedeutung der Kraftwerke sei aber viel größer als die der Schifffahrt. Der Redner begünstigt jedoch die Ausnützung der Wasserkräfte als ungenügend, da die Wärmetechnik so außerordentliche Fortschritte gemacht habe, daß sich Dampfkraft künftig um 80 bis 40 Proz. billiger erzeugen lassen werde. Schließlich wandte sich der Redner gegen die Wasserkräfte stark belastenden Steuern, die die Erstellung solcher Werke ebenfalls in Frage stellen müßten.

Finanzminister Dr. Köhler sagte Prüfung der Einwendungen des Vorredners zu, wandle sich aber gegen die Veranlagung der Anlagen und den Steuerfragen zu dem Zweck, die Steuerbelastung als unerträglich für eine Menabildungsmöglichkeit herauszufstellen. Gewiß würden manche Steuern roh und drückend; das sei aber seinerzeit nicht zu umgehen gewesen, und bei der Steuerreform würde bei offensibaren Härten für Abmilderung gesorgt werden.

Ministerialrat Dr. Fuchs wandte sich gegen die Auffassung, als ob die Schifffahrt der „Kostgänger der Wasserkräfte“ sei; das sei eine ganz falsche Auffassung, und im übrigen hätten Schifffahrt und Kraftwerke ein fastes gegenseitiges Interesse an einem friedlichen und reibungslosen Zusammenarbeiten.

Bürgermeister Dr. Forster-Waldshut mißt, vom badischen Standpunkt gesehen, der Schifffahrt weit größere Bedeutung bei als der Kraftausnützung und bietet die Regierung, kräftig auf das Gesamtziel zugutekommend, Ausbau und Ausbarmachung der Wasserläufe.

Direktor Dr. Haas tritt mißverständlicher Auffassung seiner Ausführungen entgegen, hält aber keine Bedenken im allgemeinen aufrecht.

Kommerzienrat Dr. Stiegler-Konstanz wendet sich gegen die Art der Berechnungen des Vorredners. Baden sei in seinem eigenen Interesse verpflichtet, die Schifffahrt zu fördern. Eine Ermäßigung der Schiffstrachten sei in erster Linie verhindert worden durch das Fehlen des Frachtraums infolge der Wegnahme eines bedeutenden Teils des Schiffsparks durch die französischen Beschlagnahmen.

Darauf wird die Weiterberatung auf nachmittags 1/4 Uhr vertagt.

In der Nachmittagsagung, die um halb 4 Uhr ihren Anfang nahm, beteiligten sich an der weiteren Aussprache Oberbaurat Helmke, der für den Ausbau eintritt, Ratrat Altmayer, der seine Darlegungen vom Vormittag bezüglich der Wirtschaftlichkeitsberechnung der Wasserkräfte aufrecht erhält und eingehend begründet, Präsident Dr. Engler (Landesgewerbeaufsichtsamte), der betont, welche große Rolle der Höhe des Zinsfußes beizumessen sei, bei dessen Ermäßigung sich die Berechnungen bedeutend günstiger stellen würden. — Der Vorsitzende betont schließlich, daß die badische Regierung fest entschlossen sei, auf dem beschriebenen Wege energisch fortzuschreiten.

dienerreferendar und Leiterin der „Graphologischen Beratungsstelle“ in Wien, räumte mit allen den weitgehenden Erwartungen gänzlich auf. Die sehr eingehenden Erläuterungen führten auf einer Reihe verschiedenartiger Handproben, die wurden in Lichtbildern gezeigt, die an Deutlichkeit allerdings vielfach zu wünschen übrig ließen. Danach ist die Handschrift des gereiften Menschen jedenfalls Ausdruck der Persönlichkeit und die Eigenart des Schreibers spricht sich oftmals in Deutlichkeit darin aus. Die Schrift des fünfjährigen Vierjährigen trägt eine wesentlich andere Eigenart als die des Gelehrten oder des Kaufmanns. Aber die Vieldeutigkeit der graphischen Problematik läßt Rückschlüsse auf die Persönlichkeit des Schreibers nicht in großen Umfassen zu und viele Möglichkeiten bleiben noch offen. Zielbewußtheit spricht sich in einer großen Regelmäßigkeit aus. Gebundenheit der Schrift zeigt logisches Denkövermögen. Künstlerisch Schaffende sind an der mehr oder weniger originellen Gestaltung der Großbuchstaben und der Überlängen zu erkennen; große Unterlängen dagegen verraten den energischen und zielstrebigen Geschäftsmann. Schwierige Charaktere können an der zerstückelten Gestalt der Schriftformen erkannt werden. Der wechselnde Stimmungsgehalt der Schrift ist ebenfalls richtig einzuschätzen. Zur Beurteilung genügen nicht wenige Zeilen, da erst bei längerem Schreiben alle Eigenarten wirklich erkennbar werden. Über die Anwendung der Schriftdeutung im öffentlichen Leben hätte mancher gern noch mehr gehört.

August von Wasserbaum. Der Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für experimentelle Therapie und Professor an der Universität Berlin, der berühmte Forscher auf dem Gebiet der Immunitätslehre, der weltbekannte Schöpfer der nach ihm benannten Reaktion zur Erkennung der Luus und der Tuberkulose, August von Wasserbaum, ist am Montag gestorben.

Es folgt dann die Beratung des 2. Punktes

Regulierung des Rheins zwischen Basel und Straßburg und französischer Seitenkanal.

Das Referat erhaltet Oberbaurat Spiek, der zunächst eingehend die Vorgeschichte behandelt. Die Verhandlungen zwischen Deutschland und der Schweiz und der Zentralkommission, sodann die Negulierungsarbeiten zwischen 1910 und 1916. Aus seinen Darlegungen ergab sich, daß man in stände sein wird, in 5-6 Jahren für die Schifffahrt ein verbessertes Fahrwasser zu schaffen und in weiteren 5 Jahren den Bau zu Ende zu führen, so daß in 11 Jahren durchgehende Schifffahrt nach Basel geschaffen würde. Der Vortragende streifte den französischen Plan des Seitenkanals von Rembs nach Straßburg und behandelte sodann die einzelnen Entwürfe für die Negulierung des Rheinbetts, wobei er auf die Entwürfe gegen die Negulierung einging, die meist von falschen Annahmen ausgingen. Der Plan eines Kanals würde gegenüber der Rheinregulierung erhebliche Nachteile aufweisen, andererseits würde das badische Land durch den Kanal benachteiligt werden, einmal da von Rembs bis Straßburg nur 50-80 Kubikmeter Wasser im Rhein verbleiben würden; die Unterhaltung des Fahrwassers würde schwieriger werden und eine Senkung der Grundwasserstände mit seinen Nachteilen für die Vegetation eintreten, jedenfalls würden die Nachteile die etwaigen Vorteile weit überwiegen.

Ministerialdirektor Dr. Fuchs, der Leiter der deutschen Delegation bei der Zentralkommission, schilderte die Geschichte der Rheinschiffahrtsakte und dieser Kommission, sowie deren Befugnisse. In der bereits durch die Rheinschiffahrtsakte geschaffenen Zentralkommission war 1871 Frankreich nicht mehr vertreten. Der Versailler Vertrag brachte eine neue Zusammensetzung, durch die Deutschland in eine sehr geringe Minderheit mit 4 von 19 Stimmen gedrängt wurde. Die deutschen Uferstaaten haben zusammen 4 Sitze (wie bisher), Frankreich hat gleichfalls 4 Sitze und stellt den Präsidenten, ferner haben Belgien, England und Italien je 2 Sitze, ebenfalls 2 Sitze hat die Schweiz, 3 Holland. Frankreich hat also mit den übrigen Alliierten zusammen 10 Sitze, Deutschland mit der Schweiz und Holland zusammen 9. Alle Arbeiten, die an der Grenze zwischen Deutschland und Frankreich im Rheinstrom ausgeführt werden, müssen von der Zentralkommission genehmigt werden, also auch die Rheinregulierung. Außerdem bestimmt Art. 358 des Versailler Vertrags, daß Frankreich das alleinige Recht hat, am Rhein zwischen der französisch-schweizerischen Grenze und der französisch-deutschen Grenze (an der Lauter) die Wasserkräfte auszunützen. Frankreich hat dabei allerdings zugeagt, daß es und die Hälfte der Kräfte auf Reparationskonto erziehen werde. Eine Bestimmung findet sich innerhalb desselben Artikels, der unsere Interessen einigermassen schützen könnte. Es soll „eine Ableitung des Rheins der Schifffahrt nicht Schaden bringen, noch die Möglichkeit der Schifffahrt verhindern dürfen, sei es in der Rheinmitte, sei es in seiner Ableitung“. Entweder muß die Schifffahrt des Flusses also erhalten bleiben oder in dem Kanal die Schifffahrt in einer Weise hergestellt werden, daß die Schifffahrt nicht geschädigt wird. Darüber entscheidet aber die Zentralkommission.

In der Debatte, die zum Teil vertraulichen Charakter trug, sprach zunächst Dr. Altmayer namens der Schifffahrttreibenden. Die Schifffahrt stehe auf dem Standpunkt, daß die Regulierung des Rheins zwischen Basel und Straßburg unter allen Umständen ausgeführt werden solle, wenn sie sich als möglich erweist. Die Schifffahrt lehnt insbesondere jede andere Art der Herrichtung des Flußbettes ab. Sie hat sich auf der ganzen übrigen Rheinstraße gegen alle Einbauten, welche Schifffahrtshindernisse bieten, mit Erfolg gewehrt.

Ein Vertreter der Fischerei erklärte, daß hier der seltene Fall vorliege, daß die Fischerei mit der Schifffahrt an demselben Strang ziehe. Mit dem Moment, in dem die Laichfangstelle bei Grenzach fallen würde, würde die notwendige Laichsucht, ohne die der Laich bereits ausgestorben wäre, aufhören. Daß dies nicht geschehe, daran haben auch andere Staaten ein Interesse, denn die gewonnenen Laichseier würden selbst in den unteren Rheinländern, wie Belgien, abgesetzt. Noch mehr als der badische würde der Schweizer Fischfang in Mitleidenschaft gezogen werden. Die eifrigste Rheinabfertigung würde durch den Seitenkanal mit einem Schlag vernichtet werden.

Generaldirektor Dr. Haas erklärte, daß gerade die Schweiz auf dem Standpunkt stehe: „Ein freier Rhein bis zum Meer!“ Es sei verwunderlich, daß bei solcher leidenschaftlicher Stellungnahme dennoch mit dem Seitenkanal bei Rembs sozuzugun der Anfang gemacht werden konnte.

Die Debatte beschäftigte sich dann ausführlich mit technischen Fragen.

Geh. Rat Dr. Helmke berührte verschiedene technische Bedenken gegen den Kanal, die Wassergeschwindigkeit, Dichtung des Kanals, die Verhältnisse des Landstreifens zwischen dem geplanten Kanal und dem Rhein. Oberbaurat Spiek gab ausführliche Auskünfte. Eine Dichtung der Kanalböschungen durch den vom Wasser mitgeführten Schlamm erscheine wenig wahrscheinlich, da die Wassergeschwindigkeit nach der Verwirklichung des Projekts oben geringer seien als unten und der Schlamm bereits oben abgesetzt werde. Auf eine Frage wurde mitgeteilt, daß bei Erbauung eines Seitenkanals die Schifffahrt im Rhein nur während 4 bis 5 Sommermonaten möglich sein werde. Bei Rembs müßte dabei auf badischer Seite eine Schleuse gebaut werden.

Abg. Jullier weist namens der Landwirtschaft darauf hin, daß beim Bau eines Seitenkanals auf 120 Kilometer eine Senkung des Grundwasserpiegels eintreten würde, die den Anbau von Futtergewächsen auf das Schwerste schädigen würde.

Präsident Dr. Engler mahnte die Interessentenkreise, nicht alles von der Regierung zu erwarten, sie müßten im Ausland selbst wirken. Die Lage lenzeichne sich dadurch, daß Deutschland als Hauptanlieger des Rheins nur vier Stimmen habe, während Frankreich, das nur auf eine kurze Strecke den Rhein zur Grenze habe, über ebensoviel Stimmen in der Zentralkommission verfüge. Als einer, der in einem Rheinort geboren sei, könne er sich vorstellen, mit welchen Gefühlen die Bevölkerung es sehen würde, wenn auf einmal kein Wasser den Rhein mehr herabkomme. Man habe geradezu den Eindruck, daß die Franzosen im Versailler Vertrag uns ihre Macht zeigen wollten, daß sie sogar in stände seien, unseren vielbesungenen Rhein abzuleiten.

Nach der rein juristischen Seite hin wurde noch festgestellt, daß den Franzosen nach dem Versailler Vertrag, wenn die Zentralkommission dies genehmigt, ein Recht haben, den Seitenkanal zu bauen, daß sie aber auch nach den Vertragsbestimmungen kein Recht haben, die Schifffahrt zu schädigen.

Über das Schlusferwort

referierte sodann Direktor Fethweis vom Badenwerk. Nach einer Darstellung der Geschichte dieses Projekts, das bereits seit 1911 staatlicherseits bearbeitet werde, mit dem Ergebnis, daß die Schlusferkraft die beste, erfläglichste Speisekraft darstellte, und im hohen Grade bauwürdig ist, schilderte der Referent an Hand von Zeichnungen die Einzelheiten des geplanten Werkes. Es zerfällt in drei Stufen, die unabhängig voneinander je nach Kraftbedarf erstellt werden können, mit den Kraftwerken Häusern, Wilmann und Waldshut und Ge-

fällhöhen von 204, 279 und 110 Metern, einem Gesamtgefälle also von nahezu 600 Metern. Der Schluchsee selbst wird zu einem großen Speicherbecken ausgebildet und kann um 30 Meter gehaut werden. Weitere Ausbaumöglichkeiten ergeben sich erst nach Überleitung der oberen Butach und der oberen Steina. Die gesamte mittlere Jahresleistung der drei Stufen ergibt 322 Millionen Kilowattstunden. Das oberste Werk Hausen arbeitet mit Speicherpumpen, die zu bestimmten Zeiten geringen Strombedarfs, u. a. zur Nachtzeit und an Sonn- und Feiertagen, mit überflüssiger Kraft aus den Nebenwerken in den Schluchsee pumpen. Das Werk wird ein ausgezeichnetes Spitzenwerk mit hoher jederzeit sofort betriebsbereiter Maschinenleistung werden. Die Erstellung des Schluchseewerkes ist deshalb beabsichtigt, weil kein anderes Werk die Aufgabe eines Spitzen- und Speicherwerks in gleich vollkommener Weise erfüllen kann. Während im Sommer, infolge der Schneeschmelze in den Alpen, die Rheinkraftwerke die volle Leistungsfähigkeit haben, wird das Schluchseewerk im Winter einzuspringen haben. Außerdem soll es auch als Tagesausgleichswerk in Stunden mit besonderem hohem Strombedarf dienen. Auch in Verbindung mit Abdampf- oder Höchstdruckdampfstationen würde es als außerordentlich anpassungsfähiges Speicherwerk seinen Zweck erfüllen. Ferner wird es eine wichtige Aufgabe zur Deckung des Spitzenbedarfs bei Einführung des elektrischen Bahnverkehrs in Baden haben, die kein anderes Werk in gleicher Weise leisten kann wie das Schluchseewerk. Es bedarf keines Anzeigens von Risiken und ist nicht abhängig vom Wasserzufluss. Bei einem Vergleich der Stromkosten mit Dampfstrom könnte nur ein Ergänzungsweck, das dauernd drohenden Anspannungen ausgesetzt ist, herangezogen werden. Seine Anschaffungs- und Betriebskosten würden viel höher werden, als die eines mit gleichmäßiger Belastung durchgeführten Dampfwerkes. Große Veränderungen werden beim Bau des Schluchseewerkes nicht eintreten, wie etwa beim Wegwerfen in der Schweiz, wo ganze Ortschaften verlegt werden mußten. Auf die Landwirtschaft und die Industrie werde weitgehende Rücksicht genommen. Der Wasserentzug der unteren Butach belaufe sich nur auf 4 Proz. An Hand schematischer Darstellungen zeigte dann der Vortragende die Wirkungs- und Arbeitsweise des Schluchseewerkes als Speicherwerk in Verbindung mit den Rheinkraftwerken. Zum Schluß führte er an Hand eines Planes die im Bau befindlichen und geplanten großen badischen Überlandleitungen vor.

Nach diesem Referat wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden die Weiterberatung und die Debatte darüber auf Dienstag 9 Uhr vormittags, verlegt.

In der Aussprache über das Schluchseewerk, die in der heutigen Dienstagvormittags-Sitzung begann, ergreift zunächst Geheimrat Rehsod von der Technischen Hochschule das Wort. Er hat als Erster dieses Projekt in Erwägung gezogen und bereits im Jahr 1917 zum Gegenstand einer Rektoratsrede gemacht. Der Redner hob die außerordentlich günstige Stauungsmöglichkeit des Schluchseegebietes hervor. An der Ausnützung dieser Wasserkräfte habe nicht nur Südbaden, sondern auch die Schweiz ein bedeutendes Interesse. Das Schluchseewerk werde mit seinen aufgespeicherten 100 Millionen Kilowattstunden den erwünschten Ausgleich für den energiearmen Winter bringen. Geheimrat Rehsod wandte sich dann gegen eine pessimistische Beurteilung des Projektes unter Hinweis darauf, daß auch die an das Werk geknüpften Besorgungen nicht zuträfen. Gemessen

an der Billigkeit des Speicherraumes im Schluchseegebiet, wie sie sonst nirgends in Deutschland zu finden sei, dürften die Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung für die baulichen Anlagen nicht so sehr ins Gewicht fallen lassen. Ein Hochdruckwerk mit solch gewaltigem Speicherbecken unter Ausnutzung von 600 Meter Gefälle könne in keinem anderen Gebiet Deutschlands erstellt werden.

Direktor Koch äußerte als Vertreter der Elektrizitätswerke seine Bedenken wegen Unterbringung der Energie, Finanzierung und Wirtschaftlichkeit des Schluchseewerkes. Er wünscht zum Nachweis dafür die Vorlegung der Unterlagen.

Finanzminister Dr. Köhler erklärte: Wir gehen nicht mit blinder Begeisterung an die Arbeit, sondern erfüllen vor dem großen Ruf. Regierung und Badenwerk werden die Verantwortung voll übernehmen. Wir legen aber Gewicht darauf, zuvor die Ansicht der Sachverständigen in diesem Kollegium zu hören. An den Bau soll erst herangetreten werden, wenn die Finanzierung absolut sichergestellt ist. Die Heranziehung ausländischen Kapitals von vornherein abzulehnen, hiesse, die Verwirklichung eines guten Wertes vertragen. Der Minister verweist zum Schluß auf die schwebenden Verhandlungen mit dem niederhessischen Braunshofenbergbau wegen des Anschlusses an unser 200 000 Voltfabel. Auch nach der Schweiz zu sind die Dinge in Fluss, so daß zu hoffen steht, daß wir Ende dieses Jahres eine leistungsfähige Elektrizitätsverkehrsstraße haben, die von den Zentralalpen durch Baden, den Rhein entlang nach dem Niederrhein führt.

Direktor Haas unterstützt die Darlegungen des Herrn Koch. Man müsse wissen, was der Strom koste. — Referent Fetisow wiederholt, daß die vorliegenden Ziffern einen Zweifel in die Wirtschaftlichkeit des Schluchseewerkes nicht zuließen. — Kommerzienrat Heiblauff setzt sich für das Projekt ein, von dessen Vorzüglichkeit er überzeugt sei. Beim Nachweis seiner Wirtschaftlichkeit werde man ihm gerne zustimmen, auch in der Erwartung, daß dadurch der schwer unter den hohen Frachten leidenden Oberhessischen Industrie erleichtert werde. — Oberbürgermeister Dr. Renner-Rastatt vertritt die städtische Auffassung. An solche Fragen könne man nur in kühlster, zahlenmäßiger Abwägung herantreten. — Direktor Becker hätte es, da wir in der Ausnützung der Wasserkräfte weit im Rückstand sind, lieber gesehen, wenn das Schluchseewerk bereits vor Jahren gebaut worden wäre. Aber jetzt könnte doch nach dem, was wir heute mit dem Projekt hätten, auch noch zugewartet werden, bis billigere Baupreise gegeben seien. — Oberbürgermeister Heilmann spricht die Meinungsäußerung aus, daß beim Schluchseewerk für die Reichsbahn auf einen günstigen Strompreis rechnen zu dürfen, da die Reichsbahn nur bei günstigem Vorkaufspreis zur Elektrifizierung schreiten könne. — Geh. Rat Dr. Rehsod ist trotz des hohen Zinsfußes für schnelle Inangriffnahme des Werkes, wenigstens für eine der drei Stufen. — Architekt Reiter vom Verein Badische Heimat begrüßt es, wenn der Oberhess in der gedachten Weise ausgenutzt wird, verlangt aber, daß bei dem Ausbau, z. B. bei den Hochbauten und den Siedlungen, das ästhetische Gefühl nicht beleidigt und in dieser Beziehung künstlerischer Rat beigezogen und verwertet wird. Das gleiche gelte beim Schluchseewerk, auch während der Bauzeit.

Nach weiterer Aussprache wurde die Frage der Redarfsanfertigung besprochen, die verhältnismäßig schnell erledigt wurde, und so dann der letzte Punkt der Tagesordnung, die Frage der Stromleitungen und Hausanschlüsse.

Die Anläß zu längerer Debatte gab, vorgesehene ist eine periodische Revision der Hausstromleitungen bei niedrigster Berechnung der Revisionsgebühren. In der Aussprache wurde allgemein anerkannt, daß eine Revision dieser Stromleitungen unbedingt erfolgen müsse, weil in den Kriegs- und Nachkriegsjahren die Leitungen vielfach mit minderwertigem Material hergestellt wurden und dadurch ernste Gefahren für Leib und Leben und Feuersgefahren verursacht würden.

Der Vorsitzende Finanzminister Dr. Köhler schloß sodann die Tagung mit Dankesworten für die geleistete Arbeit. Die Regierung werde die hier geäußerten Wünsche weiter verfolgen und bei jeder Gelegenheit den Rat wieder in Anspruch nehmen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	17. März		16. März	
	Geld	Mark	Geld	Mark
Amsterdam 100 G.	167.74	168.16	167.86	168.28
Kopenhagen 100 Kr.	76.30	76.48	75.83	76.01
Italien . . . 100 L.	17.165	17.205	17.12	17.16
London . . . 1 Pf.	20.075	20.125	20.098	20.148
New York . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	21.64	21.70	21.565	21.625
Schweiz . . . 100 Fr.	80.855	81.055	80.88	81.18
Wien 100 Schilling	53.125	53.265	53.125	53.265
Prag . . . 100 Kr.	12.45	12.49	12.447	12.487

Zuteilung überall 100 Prozent

Staatsanzeiger

Verbot der Arbeiterzeitung.
Auf Grund der §§ 8 Ziffer 2 und 21 des Gesetzes zum Schutze der Republik wird die in Mannheim erscheinende Arbeiterzeitung einschließlich ihrer Kopfbilder, der „Oberbadischen Arbeiterzeitung“ und der „Arbeiterzeitung für Pfalz, Rheinhessen u. a.“ von Dienstag, den 17. bis einschließlich Samstag, den 21. März 1925 verboten.
Das Verbot umfasst auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt.
Karlsruhe, den 16. März 1925.
Der Minister des Innern,
Remmle.

Dem Stadtrat Offenburg wurde die Genehmigung zur Veranstaltung der Offenburger Raimarktklotterie erteilt.
Ziehungstag: 15. Mai 1925.
Karlsruhe, den 4. März 1925.
Der Minister des Innern
Remmle.

Badische Lichtspiele
für Schule und Volksbildung
Konzerthaus 6.173

Heute bis Mittwoch, 18. März, 8 Uhr abds., Mittwoch auch 4 Uhr nachmittags

Querdurch Afrika

I.
Mensch und Tier im Urwald
Der große Schomburgk-Film
Ab Samstag, den 21. März:

II.
Querdurch die Wüste Sahara
Buchanans 16monatige Forschungsreise
Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstraße und in unserem Büro, Beiertheimer Allee 10
Kinzeltickets M. 1.70, 1.50, 1.—, 0.60. Doppelkarten für beide Vorstellungen nur im Vorverkauf M. 3.—, 2.50, 1.50, und 1.—.
Studierende und Schüler gegen Ausweis halbe Preise
Siehe Anschlagzettel

Verein bildender Künstler Karlsruhe
Künstlerhaus, Karlstor. Eingang Sofienstr. 2.
Abends 8 Uhr. Saalöffnung 7 1/2 Uhr.

Dr. Fischer's Musikalische Komödien Berlin—Zürich
Zwei öffentliche Vorstellungen
Mittwoch, den 18. März ds. Js.
1. Die Wahrsagerin. Ein Rumpelkammererlebnis. Musik von Chr. von Glück.
2. Seine Schwester. Ein lustiges Ehestück. Musik von Jacques Offenbach.
3. Ein Roman in der Waschküche. Burleske. Musik von Karl Dittler v. Dittersdorf.

Donnerstag, den 19. März ds. Js.
1. Die zerrissene Hose. Eine lustige Dorfgeschichte. Musik von Erich Fischer.
2. Das Engagement. Ein Schwank. Musik von Johann Friedrich Reichardt.
3. Die Weinprobe. Eine Grotteske nach Wilh. Busch. Musik v. Hch. Reichner.
Numerierte Eintrittskarten M. 5, 4, 3 nebst 10% Steuer, Stehplatz M. 2 nebst Steuer. Karten an der Abendkasse und im Vorverkauf (Künstlerhaus) täglich 11—1 Uhr und 4—6 Uhr. Telefon 2999. 6.154

in der „Sonne“ in Kirch-
garten: aus dem Dienst-
bezirk des Richters
Schwarz in Zettler, beim
Winterackerhof u. Wurl-
hardshofplatz: 40 Ster
Eichenrollen und Schei-
ter, 60 Ster gem. Hol-
sen und Scheiter, 361
Ster Buchenscheiter und
Prügel, 118 Ster Nadel-
scheiter u. Prügel. Aus
dem Dienstbezirk des
Oberforstamts Albiez in
St. Wilhelm: beim Schul-
haus in St. Wilhelm: 40
Ster Buchen und 31 Ster
Nadelholz; aus dem
Dienstbezirk des Ober-
forstamtes Lorenz in St.
Wilhelm, beim Hauptwirts-
haus (Talstraße) und
Hauptstraße: 946 Ster Buch-
enscheiter u. Prügel u.
749 Ster Nadelcheiter
u. Prügel. Vorgelegte die
gen. Forstunterbeamten.
Zahlungsrufen bis 3 bzw.
5 Monaten. Nähere Aus-
kunft durch das Forstamt.

Die Arbeiten umfassen
hauptsächlich: 570 000 cbm
Erdbewegung, 32 000 cbm
Beton, 10 000 qm eiserne
Erundwände (ohne Verfe-
rung). Grundwasserab-
senkung.
Angebotsvordrucke mit
Plänen und Beschreibung
vom 17. März 1925 ab
beim Redaktionsamt in
Heidelberg, Reichstraße Nr.
2 gegen eine Verzütung
von 120 M. erh. u. sch. Ab-
gabe nach auswärts gegen
Voreinsendung des Betra-
ges. 6.163
Begehungen der Bau-
streife finden statt am 20.,
24. und 27. März. Treff-
punkt: Bahnhof Ludwigs-
burg a. N.
Zeit: 10 Uhr vormittags.
Eröffnung der Angebo-
te am Dienstag, den 7.
April 1925, vormittags 11
Uhr, im Geschäftszimmer
des Redaktionsamtes.
Redaktionsamt Heidelberg.

Wir vergeben die Erd-,
Fels-, Pflaster- und Be-
tonarbeiten für das Auf-
schließen des Baufertigtunnels,
die Gutachterleistung und
das Herstellen einer Stütz-
mauer bei Km. 55,0 der
Schwarzwaldbahn. Be-
lauf 4000 cbm Felsaus-
hub, 2000 cbm Erdbaus-
hub, 1300 qm Pflaster und
450 cbm Betonmauerwerk
mit Granitverkleidung.
Zeichnungen und Bedin-
gungen liegen bei uns auf.
Angebotsformulare hier
erhältlich. Angebote sind
mit Ausschift versehen bis
Freitag, den 3. April 1925,
vorm. 11 Uhr, bei uns ein-
zureichen.
Billigen, den 16. März 1925
Deutsche Reichsbahn-
gesellschaft.
Der Vorstand der Bahnbauin-
spektion Wilmigen. 6.139.

Verdingung.
Die Tiefbauarbeiten des
Loses VI der Stauffen-
Ladenburg der Redarfs-
anfertigung (Wehr, 2 1/2 km
Seitenkanal, Dammstra-
ßenablauf, 2 Straßendrü-
cken) werden im öffent-
lichen Wettbewerb vergeben.

Badische alt-katholische Landesynode
Die Vorlagen für die bevorstehende
Tagung der Kirchensteuervertretung
(Voranschlag 1925 und vorbereitende Beschlüsse) liegen
vom 18. bis einschließlich 31. März gemäß Artikel 18
des Landeskirchensteuergesetzes in der Kanzlei der
Landesynode, Freiburg-Weisgau, Sternwaldstraße 33,
und in den Pfarrkanzleien Karlsruhe, Herzstraße 1,
und Säckingen, Trottweg 11, zur Einsicht aller Be-
teiligten öffentlich auf. 6.168
Freiburg-Weisgau, den 16. März 1925.
Der Landes-Synodalrat.
Kreuzer. Dr. Buchta.

Bei der Stadtverwaltung Konstanz ist die Stelle
eines geborenen mittleren
Verwaltungsbeamten
(Gruppe VII—IX) zu besetzen. Selbstgeschriebene Be-
weigungen mit ausführlichem Lebenslauf und Zeug-
nissen wollen bis spätestens 21. März 1925 ein-
gehen. Es wird nur auf eine echte Kraft ab-
gehoben. Persönliche Vorkellung vorerst nicht erwünscht.
Der Oberbürgermeister. 6.169

Kauf
fortwährend
getr. Kleider, Schuhe und
Bätsche. Psisuha, 80 M.
Kreuzerstr. 30, Tel. 2293.

Im Geschäftlichen Bestgeschäft
Victoriastraße 10
finden Neuheiten in
Nessel-Damaße
Beständer, Taschenbücher
nach Gewicht eingetroffen
kein Laden, daher billig.

Gerren-Fahrräder
von 40 M. an. Neue Fahr-
räder launend billig. Südb.
Kaufhaus-Kaufstr. 22 (Baden). 6.172

A. 46. Buchen. Termin
zur Prüfung der in dem
Konkursverfahren über das
Vermögen der Firma
Fahrzeug- Aktiengesell-
schaft Gaisbach in Gais-
bach nachträglich ange-
meldeiten Forderungen
wird bestimmt auf Mit-
woch, den 1. April 1925,
vorm. 11 Uhr, Zimmer 2,
Buchen, 6. März 1925.
Der Gerichtsschreiber
Bad. Amtsgerichts.
A. 77 Bühl. Das Kon-
kursverfahren über das
Vermögen des Kauf-

manns Andreas Happers-
berger ist in Böhleral-
 wurde nach rechtskräftiger
Bestätigung des Zwangs-
vergleichs vom 21. Jan.
1925 aufgehoben.
Bühl, 12. März 1925.
Der Gerichtsschreiber des
Amtsgerichts.
A. 138. Wengenbach. Im
Konkursverfahren über das
Vermögen des Sägewer-
besitzer Paul Braun in
Biberach ist zur Abnahme
der Schlussrechnung zur
Erhebung von Einwen-
dungen gegen das Schluß-
verzeichnis sowie zur nach-
träglichen Genehmigung
des Verkaufs eines Grund-
stückes aus freier Hand
Termin auf Mittwoch, den
8. April 1925, vormittags
10 1/2 Uhr, bestimmt.
13. März 1925. Amtsgericht.

Nadelrundholz - Verkauf.
Bad. Forstamt Stodach
verkauft freihändig aus
Staatswaldungen rund
1200 Festm. Nadelrund-
holz (meist Fichten) in 9
Losen. Angebote in Pro-
zenten der bad. Landes-
grundpreise wollen bis
längstens Mittwoch, den
25. März d. J. anher ein-
gereicht werden. Losver-
zeichnisse mit Verkaufs-
und Zahlungsbedingungen
kostenlos durch das Forst-
amt. 6.199

Nußholz-Verkauf
des staatlichen Forstamts
Wilmigen (Baden), frei-
händig über rund 1550
Festm. Nadelholz aller
Maffen in 14 Losen zu
den allgemeinen Bedin-
gungen für Holzverkäufe
aus den bad. Staatswal-
dungen. Angebote in Pro-
zenten der bad. Goldmark-
grundpreise wollen bis
spätestens Dienstag, den
24. März 1925, abends 6
Uhr, beim Forstamt ein-
gereicht werden. Losver-
zeichnisse kostenlos durch
das Forstamt. 6.190

Nadelrundholz - Verkauf.
Bad. Forstamt Forz-
heim verkauft freihändig
aus dem Staatswald Ha-
genschieb etwa 4200 Festm.
Tannen und Fichten sowie
etwa 60 Festm. Fichten
Stammholz und Asthölz-
le in kleineren Losen.
Schriftliche Angebote sind
bis spätestens Montag,
den 30. März d. J., früh
10 Uhr, bei dem Forst-
amt, von welchem nähere
Auskunft und Listen aus-
zug erteilt wird, einzurei-
chen. 6.179

**Nuß- und Brennholz-
Versteigerung.**
des Forstamts Kirchgarten
am Montag, den 23. März
1925, nachmittags 2 Uhr,

**Badisches
Landestheater**
Mittwoch, den 18. März 1925
A 18. 12. Sem. II. und III.
Sondergruppe
Zum erstenmal:
Der arme Teiler
Drama von Ernst Bach
In Szene gef. v. F. Baumbach
Personen:
Friedrich Hensbach Berlow
Siebenmaier Dahlen
Gans Over Gübner
Woh Franz
Engelhof Witter
Frau Reiterlein Noormann
Schiffer Holz Baumbach
Grievant Schneider
Jan, Wirt Müller
Hinka, Wirtin Genter
Sine Koffner
Frau Remis Knecht
Kaplan Biedendach Ebert
Eig. Jollwächter Gemmet
Anfang 7 Uhr Ende 10 1/2
Preis: Sprechst. I. Abt. 4.80